

EUROPA in schlechter Verfassung

Ende Oktober d.J. haben die Staats- und Regierungschefs der EU-Länder den im Juni 2004 verabschiedeten EU-Verfassungsvertrag feierlich in Rom unterzeichnet. Damit steht dieser Vertrag jetzt zur Ratifizierung an, in Deutschland durch Bundestag und Bundesrat. Die Bundesregierung plant der Presse zufolge einen »kurzen Prozess«. Das Vertragswerk ist hierzulande inhaltlich zwar wenig bekannt, aber dennoch wie es scheint weithin akzeptiert. So hofft man, bis zum Frühjahr alles über die Bühne zu bringen. Das **Bonner Friedensbündnis** nimmt diese Eilfertigkeit mit großem Befremden zur Kenntnis. Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, dass die Sache im Rücken der Bevölkerung durchgezogen werden soll. Der zu ratifizierende Vertragstext beinhaltet eine unübersehbare Weichenstellung in Richtung Entdemokratisierung, Sozialabbau und weltweite Kriegseinsätze. Im Hinblick auf die besondere Bedeutung der friedens- und sicherheitspolitischen Thematik möchten wir die schwerwiegenden Bedenken diesbezüglich in den Hauptpunkten konkretisieren:

1. Der Verfassungsvertrag **verpflichtet die Mitgliedstaaten zu kontinuierlicher Aufrüstung** (Art I-41 Abs. 3)*. Dazu wird eine neue „**Europäische Agentur für die Bereiche Entwicklung der Verteidigungsfähigkeiten, Forschung, Beschaffung und Rüstung (Europäische Verteidigungsagentur)**“ eingerichtet (Art. I-41 Abs. 3)*.
2. Dagegen fehlt ein ausdrückliches Verbot der Herstellung, des Besitzes und des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen, wie es der Völkerrechtslage entspräche. Vielmehr wird der **Euratom-Vertrag** per Protokoll in den Rechtsbestand hinübergerettet; auf diese Weise hält man unter dem Deckmantel der zivilen (»friedlichen«) Nutzung der Kernenergie zumindest den **Weg zu einer gesamteuropäischen Nuklearmacht offen**.
3. Der Vertrag eröffnet die **Möglichkeit der Selbstermächtigung zu weltweiten Kampfeinsätzen** - ohne geographische Beschränkung und auch in Drittstaaten (Art. I-41 Abs. 1 und III-309 Abs. 1)* -, statt eine Mandatierung durch die UNO oder ein regionales System kollektiver Sicherheit festzuschreiben bzw. die zivile Konfliktbearbeitung zur Verfassungsnorm zu erheben
4. Unter dem Titel der „ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ wird die **Herausbildung eines militarisierten Kerneuropa** betrieben (Art. I-41 Abs. 6 und I-44 Abs. 1 bis 4)*. Diese Kerntruppe soll auch „mit der Durchführung einer Mission im Rahmen der Union“ befasst werden können (Art. I-41 Abs. 5)* und zur „Bekämpfung des Terrorismus“ beitragen (Art. III-309 Abs. 1)*. Eine **Vermengung von militärischem und polizeilichem Handeln** ist damit vorprogrammiert.
5. Nur der **Ministerrat entscheidet über EU-Militäreinsätze** (Art. I-41 Abs. 4, Art. III-295 Abs. 2 und Art. III-297 Abs. 1)*. Im Besonderen wird das **EU-Parlament auf „Unterrichtung“ und „Anhörung“ beschränkt** (Art. III-304 Abs. 1)*. Und selbst eine Kontrolle entsprechender Beschlüsse durch den Europäischen Gerichtshof wird ausgeschlossen (Art. III-376)*.
6. Zwar werden die „Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen“ als normativer Rahmen beschworen (z.B. Art. III-292 Abs. 1 und 2)*, der Vertrag **vermeidet jedoch eine Festlegung auf das Gewaltverbot der UN-Charta**. Wie leicht aber Militärinterventionen beispielsweise vom Typ des Kosovo-Kriegs mit dieser Formel zu rechtfertigen sind, hat die Nato bereits vorexerziert.
7. Das **Recht auf Wehr- und Kriegsdienstverweigerung steht zur Disposition des nationalen Gesetzgebers** (Art. II-70 Abs. 2)*. Anerkennung und Verweigerung dieses Rechts können demnach als gleichermaßen verfassungskonform gelten - statt dass dieses Recht als selbstverständlicher Bestandteil des Menschenrechts auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit verankert wird.

Angesichts eines derart »verminten« Verfassungsvertrags gibt es keinen Anlass zum Feiern. Die Staats- und Regierungschefs - und auch die Europa-Parlamentarier und Parlamentarierinnen, die für diesen Vertrag werben – scheinen gewillt, die viel beschworenen Lehren aus den europäischen Katastrophen des 20. Jahrhunderts zu verdrängen und im 21. Jahrhundert ähnliche oder schlimmere globale Katastrophen zu riskieren. Im Besonderen steht dieser Vertrag in den besagten Punkten in einem **eklatanten Gegensatz zum Friedensgebot unseres Grundgesetzes und zu der grundgesetzlichen Beschränkung des Militärs auf Aufgaben der Verteidigung** im strikten Sinn (Art. 26 und Art. 87a GG). Der Einwand, solche Einschätzungen und Befürchtungen seien Panikmache, kann diese ebenso wenig entkräften wie der Hinweis auf »viele positive Ansätze« in dem Vertragswerk. Das überzeugt vor allem nicht angesichts der sich häufenden ausdrücklichen Absagen zahlreicher deutscher und europäischer Politiker an eine »Zivilmacht Europa« und angesichts ihrer offenen Bekenntnisse zum Ziel »militärischer Größe« im Dienst »europäischer Verantwortung und Interessen«.

Kann man von den Bundestags-Abgeordneten und Bundesrats-Mitgliedern nicht erwarten, dass sie von diesem Zug abspringen? Dass sie zumindest ihren Wählern und Wählerinnen Rede und Antwort stehen? Die Bundestagsabgeordneten aus der Region Bonn-RheinSieg sowie die Bundesrats-Mitglieder des Landes NRW sind umseitig aufgeführt. Zur Erleichterung der Kontaktaufnahme stellen wir eine Postkarte zur Verfügung. Auch wir werden das Gespräch mit den Entscheidern und Entscheiderinnen suchen. Wir wären sehr dankbar, wenn man uns für die weitere friedenspolitische Arbeit eventuelle Antworten auf Nachfragen zu Verfügung stellen würde.

Bonner Friedensbündnis

c/o Eva Neukamp, Hausdorffstraße 92, 53129 Bonn, Email: kontakt@frieden-bonn.de
v i S d P: Jens Koy, Limpericher Str. 172, 53225 Bonn

Spendenkonto: D. Kirsche, Kto.-Nr. 3270165, Sparda-Bank, BLZ 37060590, Stichwort "Frieden"

*Zit. nach der vom Sekretariat der Regierungskonferenz am 06.08.04 im Internet veröffentlichten „vorläufigen konsolidierten Fassung“. Sie ist verfügbar unter: http://europa.eu.int/futurum/index_de.htm (Dok. CIG 87/04).

Bundestags-Abgeordnete aus der Region Bonn und RheinSieg-Kreis*

Wahlkreis 097 Bonn

Kelber, Ulrich, SPD

- ⇒ Postanschrift: Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
- ⇒ Email: ulrich.kelber@bundestag.de (Berliner Büro), vorname.nachname@wk.bundestag.de (Wahlkreisbüro)

Westerwelle, Dr. Guido, FDP

- ⇒ Postanschrift: Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
- ⇒ Email: guido.westerwelle@bundestag.de (Berliner Büro), guido.westerwelle@wk.bundestag.de (Wahlkreisbüro)

Wahlkreis 098 RheinSieg-Kreis I

Göllner, Uwe, SPD

- ⇒ Postanschrift: Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
- ⇒ Email: uwe.goellner@bundestag.de (Berliner Büro), uwe.goellner@wk.bundestag.de (Wahlkreisbüro)

Wahlkreis 098 RheinSieg-Kreis II

Merten, Ulrike, SPD

- ⇒ Postanschrift: Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
- ⇒ Email: ulrike.merten@bundestag.de (Berliner Büro), ulrike.merten@wk.bundestag.de (Wahlkreisbüro)

Pinkwart, Dr. Andreas, FDP

- ⇒ Postanschrift: Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
- ⇒ Email: andreas.pinkwart@bundestag.de (Berliner Büro), andreas.pinkwart@wk.bundestag.de (Wahlkreisbüro)

Röttgen, Dr. Norbert, CDU

- ⇒ Postanschrift: Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
 - ⇒ Email: norbert.roettgen@bundestag.de (Berliner Büro), norbert.roettgen@wk.bundestag.de (Wahlkreisbüro)
-

* Quelle: <http://www.bundestag.de/mdb15>

Bundesrats-Mitglieder des Landes Nordrhein-Westfalen*

Steinbrück, Peer, SPD – Ministerpräsident des Landes NRW

- ⇒ Postanschrift: Stadttor 1, 40219 Düsseldorf
- ⇒ Email: poststelle@stk.nrw.de

Dieckmann, Jochen, SPD - Finanzminister des Landes NRW

- ⇒ Postanschrift: Jägerhofstr. 6, 40479 Düsseldorf
- ⇒ Email: poststelle@im.nrw.de

Behrens, Dr. Fritz, SPD - Innenminister des Landes NRW –

- ⇒ Postanschrift: Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf
- ⇒ Email: poststelle@im.nrw.de

Schartau, Harald, SPD - Minister für Wirtschaft und Arbeit des Landes NRW

- ⇒ Postanschrift: Horionplatz 1, 40213 Düsseldorf
- ⇒ Email: info@mail.masqt.nrw.de

Vesper, Dr. Michael, B90/Gr - Stellvertreter des Ministerpräsidenten des Landes NRW –

- ⇒ Postanschrift: Elisabethstraße 5-11, 40217 Düsseldorf
- ⇒ Email: presse@mswks.nrw.de

Kuschke, Wolfram, SPD - Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien und Bevollmächtigter des Landes NRW beim Bund –

- ⇒ Postanschrift: Stadttor 1, 40219 Düsseldorf
 - ⇒ Email: poststelle@lv-bund.nrw.de
-

* Quelle: <http://www1.bundesrat.de>